

und für Behinderte mit günstigen Landesdarlehen.

4. Ein neues zusätzliches Programm zur Modernisierung von Wohnungen.

5. Erstmals Mittel des Landes zum Um- und Ausbau bestehender, nicht mehr zeitgerechter Wohnungen.

6. Für 18 000 Wohnungen Senkung der Hypothekenzinsen auf 8,5 v. H. effektiv.

7. Bereitstellung des Bundesregionalprogrammes 1974 im Februar schon vor Abschluß der Abwicklung des Bundesregionalprogramms 1973.

8. Bereitstellung von Zinszuschüssen für Bauvorhaben in Gebieten mit überdurchschnittlichen Baukosten.

9. Bewilligung der Mittel des Landes in der Regel nach Ausschreibung von 70 Prozent der Bauleistungen, sonst Verpflichtung des Bauherrn auf Monatsmiete von vier DM je Quadratmeter.

10. Überprüfung der Wohnungsbauförderung im Juni, vor Bereitstellung der 2. Hälfte des Wohnungsbauprogramms 1974.

F.D.P.: Bedarfsgerechtes und standortgerechtes Bauen

Für die F.D.P.-Fraktion erklärt der Abgeordnete Werner Helbig:

Von den im Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 (NWP 75) angekündigten 200 000 Wohnungen konnten bis 31. Dezember 1973 bereits 179 000 fertiggestellt werden. Das ist ein Erfolg.

Das 1973 reduzierte Wohnungsbauvolumen trug nicht nur zur Konjunkturbekämpfung auf dem Bausektor bei; es ist auch die Konsequenz aus der Tatsache, daß sich auf dem Wohnungsmarkt in einigen Landesteilen zunehmend Angebot und Nachfrage ausgeglichen gegenüberstehen.

Daraus darf allerdings nicht der vorläufige Schluß gezogen werden, der soziale Wohnungsbau, für den in den vergangenen Jahren teilweise bis zu 20 Prozent der Haushaltsmittel ausgegeben wurden, könne eingestellt werden. Denn auch in unserem Land besteht trotz Beseitigung der allgemeinen Wohnungsnot der Nachkriegszeit noch Bedarf für Wohnungen mit niedrigen Mieten und Belastungen.

Für den sozialen Wohnungsbau der Zukunft muß vielmehr gelten: Förderung eines streng bedarfsgerechten und standortgerechten Bauens und damit eine Anpassung des Bauvolumens an das volkswirtschaftlich Verträgliche unter Beachtung des stabilitätspolitischen Notwendigen.

Der soziale Wohnungsbau von morgen muß ferner auf einen eng begrenzten Kreis tatsächlich Bedürftiger beschränkt bleiben. Eine umfassende Sozialpolitik über den Wohnungsbau wäre nicht nur ungerecht gegenüber dem Steuerzahler, sondern auch eine Mißachtung der subsidiären Förderung im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft und eines sozialen Rechtsstaates.

Die aufgrund überdurchschnittlicher Einkommenssteigerungen inzwischen über die zulässigen Einkommensgrenzen hinausgehenden Sozialmieter sollten Zuschläge zahlen. Ein kürzlich eingebrachter Bundesgesetzentwurf wird dies sicherstellen. Andererseits müssen die tatsächlich Bedürftigen vor nicht tragbaren Sozialmieten geschützt werden. Dazu dient der kürzlich vom Land gewählte Härteausgleich, der einen Höchstpreis der Sozialmieten von 4,40 DM/qm garantiert.

Porträt der Woche

Bevor wir über Lebensweg und Politik sprachen, erzählte mir Richard Kasper von seinen Hunden, wie man von seinen besten Freunden spricht: Von den beiden seltenen Bullterriern und dem gutmütigen Deutsch-Drahthaar. Die scharfen, aber folgsamen Terrier züchtet er im eigenen Zwinger.

Richard Kasper, der die Lizenz für das „Richten und Führen“ hat, versteht nicht nur etwas von der komplizierten Hundepsyche. Viel mehr noch hat er ein Gespür dafür, wie man bei seinen Mitbürgern „ankommt“, wie man Wähler mobilisieren kann. „König Richard“, wie er in seinem Heimatkreis Bergheim genannt wird, hat sich mit vielen Ideen, mehr aber noch durch seinen enormen kommunalpolitischen Fleiß eine ungewöhnliche Popularität erworben.

Mit 30 Jahren wurde Richard Kasper in Quadrath-Ichendorf, wo er am 7. Februar 1932 als Sohn eines Braunkohle-Arbeiters geboren worden war, zum Bürgermeister gewählt. Zwei Jahre später gab es bei den Gemeindewahlen einen Erdbeben. Unter Kasper erhöhte die SPD die Zahl ihrer Mandate von neun auf 14, die CDU wurde von acht auf vier halbiert.

Im gleichen Jahr 1964 wurde der Sozialdemokrat Landrat des Kreises Bergheim. Seine Partei hatte im Kreistag erstmals die absolute Mehrheit errungen. Fünf Jahre später verbesserte sie entgegen dem Landestrend in Gemeinde und Kreis die vorher schon unwahrscheinlichen Ergebnisse noch.

Richard Kasper war nicht mehr zu stoppen. Um den 16 Jahre lang von der CDU gehaltenen Landtagswahlkreis zu erobern, stellte ihn 1966 die SPD auf. Der Landrat und Bürgermeister zog mit 50,2 Prozent der Kreis Bergheimer Stimmen in den Landtag ein.

Über die Heimatgrenzen hinaus wurde er 1970 bekannt, als die CDU ihren Spitzenkandidaten Heinrich Köppler gegen ihn aufgestellt hatte, um Bergheim zurückzugewinnen. Neben Diether Deneke (plus 0,5 Prozent) war Kasper der einzige SPD-Kandidat, der sein Wahlergebnis



Richard Kasper (SPD)

gegenüber 1966 verbessern konnte. Während die SPD im Landesdurchschnitt um 3,4 Prozent verlor, gewann sie im Kreis Bergheim noch 1,3 Prozent der Stimmen hinzu.

Wenn man den Mann mit den lebhaften Augen fragt, wie er sich selber seinen Erfolg erkläre, dann zuckt er schmunzelnd mit den Schultern. „Man muß so ein wenig Hansdampf in allen Gassen sein“, sagt er. Zu Hause kennt ihn jedes Kind. Er organisiert Erntedankfeste für die Bauern, gehört aber auch zu dem Kreis von Politikern, die der Kölner Kardinal regelmäßig zu einer Gesprächsrunde bittet.

Als Bürgermeister, Landrat und Abgeordneter führt er ein „offenes Haus“. Sogar sonntags steht er früh auf; denn schon vor neun Uhr steht der erste Besucher in der Tür. Ob es sich um Ärger mit den Behörden, um berufliche oder private Probleme seiner Bürger handelt, Richard Kasper setzt sich für jeden ein. Das hat sich schnell herumgesprochen, macht viel Arbeit, bringt aber eben den Erfolg.

Dennoch will der Rechtsschutzsekretär der IG Bergbau und Energie im nächsten Jahr mit der „Ämterhäufung“ Schluß machen und nur noch für den Landtag kandidieren. Im Parlament, in dem Kasper dem Wirtschaftsausschuß und dem Ausschuß für Ernährung, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft angehört, ist seine scharfe Zunge vor allem beim Establishment gefürchtet. Wenn andere in der SPD-Fraktion, deren Vorstand er angehört, nicht gegen den Stachel locken, dann sagt Richard Kasper auch einmal dem Genossen Regierungschef pointiert die Meinung. „Zur Demokratie gehört, daß man die eigenen Leute kritisch begleitet“, sagt er. Gerd Goch